

MainArbeit plant im Jahre 2019 145 Millionen für Leistungen nach dem SGB II

Über neun Millionen werden in Fördermaßnahmen investiert, positiver Abschluss für 2017

Das Jobcenter MainArbeit plant in 2019 Ausgaben in Höhe von rund 145 Millionen.

„Große Brocken dabei sind die Kosten der Unterkunft für die erwarteten rund 8.000 Bedarfsgemeinschaften, die mit 53 Millionen Euro veranschlagt werden und die Leistungen für Arbeitslosengeld II und Sozialgeld der 8.000 zu versorgenden Bedarfsgemeinschaften mit 57 Millionen Euro.“, so die zuständige Dezernentin Sabine Groß.

Das Jahr 2017 hat die MainArbeit, wie die Dezernentin berichtet, mit erfreulichen Ergebnissen abgeschlossen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug sei von 8.400 Anfang des Jahres auf knapp 8.000 zum Jahresende zurückgegangen, trotz steigender Einwohnerzahlen. Das sei einer der stärksten Fallzahlrückgänge in ganz Hessen gewesen.

„Die wirtschaftliche Gesamtlage spielt beim Rückgang der Zahl der Leistungsberechtigten der MainArbeit sicher eine große Rolle. Wichtig sind aber auch Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für Kundinnen und Kunden. Deswegen werden dafür auch im kommenden Jahr knapp neun Millionen Euro zur Verfügung gestellt.“

Bei den Maßnahmen des Arbeitsmarktprogramms der MainArbeit für 2019 sind rund 3,1 Millionen Euro für die Qualifizierung und Aktivierung junger Menschen bei Offenbacher Trägern vorgesehen, 2,6 Millionen gehen in die Aktivierung und Förderung von Erwachsenen, 1,1 Millionen in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung. 1,5 Millionen will die MainArbeit für Maßnahmen der intensiven Förderung von besonderen Zielgruppen ausgeben wie Alleinerziehende und das Fallmanagement für besonders förderbedürftige Gruppen, zum Beispiel Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen oder Wohnungslose. „Wichtig ist, dass sich die Beratung im Jobcenter und die Förderung bei Trägern, die für die MainArbeit Maßnahmen durchführen, gut ergänzen. Die MainArbeit hat in den letzten Jahren sehr wirksame Leistungsketten für die Betreuung der Kunden aufgebaut. Das wird fortgesetzt,“ erläutert Groß. So sei es gelungen, die Integrationsquote von Menschen, die Langzeitbezieher von Leistungen sind und besonders schwierige Vermittlungsvoraussetzungen haben von 17 Prozent im Jahr 2012, als das kommunale Jobcenter gestartet ist, auf inzwischen 21 Prozent zu steigern. Bei den Alleinerziehenden sei man von 18 auf 24 Prozent gekommen. Die MainArbeit hat in den letzten Jahren deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse für ihre Klienten erreicht. Bei vielen Punkten liegt sie in der Spitzengruppe. Das solle fortgesetzt und verstärkt werden. „In ausgewählten Bereichen“, so Groß „möchten wir im neuen Jahr zusätzliche Akzente setzen. So wollen wir die Integration von Frauen in Erwerbsarbeit weiter verbessern und die Maßnahmen weiterentwickeln und ausbauen, um alle Möglichkeiten der Integration zu nutzen. Deshalb ist die MainArbeit beauftragt worden, auch über neue Ansätze zur Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund nachzudenken.“ Auch die Motivation und Qualifikation von Frauen müsse mit guten Konzepten weiter gefördert werden. Groß will sich auch dafür einsetzen, dass die Kooperation zwischen Jobcenter und der Jugendhilfe gut klappt, insbesondere bei der Kinderbetreuung: „Bei vielen Menschen brauchen wir integrierte Maßnahmenpakete, damit sich Familie und Beruf verbinden lassen. Um Armut von Familien erfolgreich zu bekämpfen, brauchen wir in Offenbach eine deutlich höhere Erwerbsquote von Frauen. Dazu kann die MainArbeit einen wichtigen Beitrag leisten.“

Für Personalaufwendungen des Jobcenters werden 14 Millionen erwartet, für sonstige Betriebskosten weitere rund 4,4 Millionen. 7,5 Millionen sind für Fördermaßnahmen bei Bildungsträgern und Betrieben vorgesehen. Diese werden, wie Groß mitteilt, noch durch 1,5 Millionen Euro ergänzt, die die MainArbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln einwerben wird.

Die Sozialdezernentin sieht in einer guten Betreuung der Menschen beim Jobcenter durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen wesentlichen Erfolgsfaktor.

„Die Ausgaben für Personal sind hier nicht einfach Verwaltungskosten, sondern Investitionen in die gute Beratung und Betreuung. Das ist eine ganz zentrale Voraussetzung, um für alle Leistungsberechtigten gute Perspektiven zur Integration in Erwerbsarbeit und zur Überwindung ihrer Notlage zu schaffen.“

Die MainArbeit wird die Zahl der Stellen im neuen Jahr von 241 auf 237 leicht reduzieren und reagiert damit auf rückläufige Fallzahlen. Dennoch sind die Personalkosten um 1,6 Millionen höher als im Vorjahresansatz. Grund dafür sind hauptsächlich Tariferhöhungen, die den Beschäftigten im Jahr 2018 deutlich höhere Gehälter beschert haben.

Den Aufwendungen stehen Einnahmen von ebenfalls rund 145 Millionen gegenüber. Der Bund steuert insgesamt gut 90 Millionen zur Deckung der Aufwendungen bei, den Rest die Stadt, vor allem mit den Kosten der Unterkunft, für die sie 53 Millionen beisteuern muss. An den Personal- und Sachkosten ist sie mit 15 Prozent beteiligt. Allerdings bekommt die Kommune für die Kosten der Unterkunft im neuen Jahr vom Bund eine Rückerstattung von ca. 45 Prozent, so dass die effektive Belastung des Haushaltes durch die Kosten des SGB II weiter sinken wird.

Für Rückfragen:

Sabine Groß, Stadträtin, T. 8065-2550, e-mail: dezernatIII@offenbach.de

Matthias Schulze-Böing, T. 8065-8200, e-mail: schulze-boeing@offenbach.de